

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuß**

48. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. April 1999, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Günter Fleskes (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

in Vertretung von Hermann Benker

Helmut Plüschau (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Jost de Jager (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
1.	<b>Mitteilungen</b>	4
2.	<b>Filmförderung</b>	6
3.	<b>Besuch des Ökologie-Zentrums der CAU</b>	7
	Umdruck 14/3108	
4.	<b>Fortbestand des Brahms-Instituts in Lübeck</b>	8
	Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/2044	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2065	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/2066	
	(überwiesen am 25. März 1999)	
5.	<b>Beteiligung schleswig-holsteinischer Schulen an internationalen Tests zur Vergleichbarkeit von Schulleistungen</b>	9
6.	<b>a) Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall</b>	10
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2029	
	(überwiesen am 26. März 1999 zur abschließenden Beratung)	
	<b>b) Bekämpfung von Unterrichtsausfall - „Lehrerfeuerwehr“</b>	
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1429	
	(überwiesen am 14. Mai 1998)	

7. **Fort- und Weiterbildungsmittel der IPTS** 12
- Drucksachen 14/2002 und 14/2039  
Umdruck 14/3308
- (Fortsetzung der Beratung vom 11. März 1999)
8. **Berufungsverfahren für eine C 3-Professur am Institut für Zeit- und Regionalgeschichte** 13
- (nichtöffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GO)
9. **Modernisierung der Kieler Universitätsklinik für Orthopädie** 14
10. **Änderung des Hochschulgesetzes** 15
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/...
- und weitere Terminplanung

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Mitteilungen**

- a) Der Vorsitzende erinnert an die Veranstaltung „Jugendlichen gestalten und erleben Europa“ am 28. April 1999, 14:00 Uhr im Landtag (Umdruck 14/3081).
- b) Der Ausschuß greift den Wunsch des neuen Leiters des Landesamtes für Denkmalpflege auf, in einer der nächsten Sitzungen vor dem Ausschuß über die Situation der Denkmalpflege in Schleswig-Holstein zu berichten.
- c) In Sachen Kooperation mit der schleswig-holsteinischen Partnerregion Pays de la Loire strebt der Ausschuß an, daß zum geplanten Arbeitsseminar im Herbst in Nantes (Projekt Lehrlingsaustausch) ein Abgeordneter fährt, möglicherweise Abg. Dr. Klug.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Kulturelle Filmförderung**

Mit Blick auf die vom Innen- und Rechtsausschuß durchgeführte Anhörung zum Landesrundfunkgesetz, bei der auch der Verein der Kulturellen Filmförderung Schleswig-Holstein angehört wird, verzichtet der Bildungsausschuß auf eine eigene Anhörung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Besuch des Ökologie-Zentrums der CAU**

Umdruck 14/3108

Der Ausschuß beschließt, in der nächsten Sitzung, am 27. Mai 1999, 13:00 Uhr, das Ökologie-Zentrum der CAU zu besuchen und außerdem ein Gespräch mit dem Dekan der großtechnischen Fakultät zu führen (Umdruck 14/3293).

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Fortbestand des Brahms-Instituts in Lübeck**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/2044

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/2065

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/2066

(überwiesen am 25. März 1999)

Die Abgeordneten Weber und Fröhlich erklären, die Koalitionsfraktionen seien bereit, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion als vierten Absatz in den SPD-Antrag aufzunehmen; den F.D.P.-Antrag lehne man ab.

Abg. Schwarz hingegen gibt dem F.D.P.-Antrag den Vorzug, weil er konkretere Forderungen formuliere.

Abg. Dr. Klug erwartet von der Landesregierung, der Musikhochschule ab dem Haushaltsjahr 2000 für die Leitung des Brahms-Instituts zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Fortsetzung der Forschungstätigkeit des Instituts nicht zu Lasten des Lehrangebots der Musikhochschule gehe.

Ministerin Erdsiek-Rave teilt mit, daß die Stelle der Institutsleitung nach Beschluß der Musikhochschule ausgeschrieben werde und zum 1. Oktober 1999 besetzt werden solle. Sie sagt zu, sich in den bevorstehenden Verhandlungen über den Haushalt 2000 für zusätzliche Mittel zur Finanzierung der in Rede stehenden Stelle einzusetzen.

Aufgrund dieser Erklärung der Kultusministerin werden alle drei Anträge für erledigt erklärt.



Punkt 5 Der Tagesordnung:

**Beteiligung schleswig-holsteinischer Schulen an internationalen Tests zur Vergleichbarkeit von Schulleistungen**

Ministerin Ersiek-Rave berichtet über die Teilnahme schleswig-holsteinischer Schulen an der internationalen OECD-PISA-Studie, die durch begleitende nationale Erhebungen ergänzt werde, und sagt dem Ausschuß die Zuleitung eines umfassenden schriftlichen Berichts zu. Während in der Vorlaufphase zwölf schleswig-holsteinische Schulen, von denen die Hälfte vom Ministerium ausgesucht worden sei, teilnahmen, würden sich im nächsten Jahr etwa 100 stichprobenweise ausgewählte Schulen an der Studie beteiligen, mit der die Frage untersucht werden solle, ob die Bildungssysteme weltweit für die Anforderungen der Zukunft gerüstet seien (Organisieren von Lernprozessen, Entwicklung von Basisfähigkeiten).

Punkt 6 der Tagesordnung:

**a) Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2029

(überwiesen am 26. März 1999 zur abschließenden Beratung)

**b) Bekämpfung von Unterrichtsausfall -„Lehrerfeuerwehr“**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1429

(überwiesen am 14. Mai 1998)

Abg. Dr. Klug beklagt die Höhe des Unterrichtsausfalls an schleswig-holsteinischen Schulen am Beispiel der Grundschule Büchen. Es sei nicht zu akzeptieren, daß man von Regierungsseite der Opposition vorwerfe, sie übertreibe beim Problem der Unterrichtsversorgung, und der tatsächliche Unterrichtsausfall mit den von der Regierung angegebenen Zahlen offensichtlich nicht übereinstimme. Er möchte wissen, ab wann bei längerfristiger Erkrankung einer Lehrkraft eine Vertretungskraft eingesetzt werde, und regt an, von Lehrkräften verstärkt erteilte Vertretungsstunden der jeweiligen Schule gutzuschreiben und bei der späteren Zuteilung von Lehrstellen im Rahmen des Planstellenbemessungsverfahrens zu berücksichtigen.

Ministerin Erdsiek-Rave verwahrt sich dagegen, bekannt gewordene Einzelfälle, denen das Ministerium selbstverständlich nachgehe, mit der generellen Unterrichtssituation an schleswig-holsteinischen Schulen gleichzusetzen. In der Praxis werde Unterrichtsausfall wegen Krankheit in der Regel bis zu vier Wochen mit eigenen Wortmitteln begegnet, sprich alle innerhalb der Schule zu ergreifenden Maßnahmen würden getroffen; erst danach werde in der Regel für eine Vertretung gesorgt.

Auch Abg Fröhlich wehrt sich dagegen, die schulische Situation in Schleswig-Holstein generell schlecht zu reden, und macht darauf aufmerksam, daß eine Reihe von Schulen dem Ausfall von Lehrkräften mit Engagement und kreativen, innovativen Maßnahmen begegne. Im übrigen verweist sie auf die auf den Seiten 14 bis 18 im Bericht dargestellten Maßnahmen für Vertretungsunterricht.

Abg. Schröder erinnert an die Aufstockung der Stundengebermittel und bestärkt das Ministerium, bei Maßnahmen zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall flexible, dezentrale Lösungen voranzutreiben.

Auf Fragen von Abg. Schröder antwortet Ministerin Erdsiek-Rave, zur Vermeidung von Unterrichtsausfall sei sowohl der Einsatz von Lehrkräften benachbarter Schulen - auch anderer Schularten - als auch die vorübergehende Aufstockung von Teilzeitverträgen möglich.

Abg. de Jager fragt das Bildungsministerium nach den Beweggründen, von der Absicht, Lehrkräfte aus Mecklenburg-Vorpommern im schleswig-holsteinischen Schuldienst einzusetzen, nunmehr Abstand genommen zu haben.

Ministerin Erdsiek-Rave führt aus, das Thema sei zu den Akten gelegt worden, weil in Verhandlungen mit der neuen Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern deutlich geworden sei, daß Schleswig-Holstein von einem Einsatz von Lehrkräften aus Mecklenburg-Vorpommern keinen materiellen Nutzen gehabt hätte. Zudem könne man auf genügend Bewerber im eigenen Land zurückgreifen.

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis und erklärt den Antrag damit für erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Fort- und Weiterbildungsmittel des IPTS**

Drucksachen 14/2002 und 14/2039

Umdruck 14/3308

(Fortsetzung der Beratung vom 11. März 1999)

Abg. Dr. Klug beklagt den Rückgang der Fortbildungsmittel des IPTS in den 90er Jahren und erinnert in diesem Zusammenhang an das zwischen Landesregierung und Gewerkschaften abgeschlossene Fortbildungskonzept, nach dem angestrebt werde, Fortbildungsmittel in Höhe von 3 % der jeweiligen Personalausgaben bereitzustellen. Von diesem hehren Ziel sei die Landesregierung allerdings weit entfernt, insbesondere im Lehrerbereich, und die Entwicklung der Fortbildungsmittel sei in Schleswig-Holstein sogar rückläufig. Er möchte wissen, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreife, wenigstens von der Tendenz her die Fortbildungsmittel in erkennbaren Schritten zu erhöhen.

Ministerin Erdsiek-Rave weist darauf hin, daß die IPTS Fortbildungsmittel im Haushalt 1999 gegenüber dem Vorjahr um 500 Tausend DM erhöht worden seien und auf ihre Initiative hin nicht zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe in Einzelplan 07 herangezogen werden dürften (Umdruck 14/3308). Über die mit dem Hauptpersonalrat vereinbarten bereichsspezifischen Regelungen für die Lehrerfortbildung gebe es keine gesonderten Vereinbarungen mit den Gewerkschaften zum Fortbildungskonzept.

Auf Fragen von Abg. Röper weist der Direktor des IPTS, Herr Dr. Dohm, darauf hin, daß eine Erhöhung der Fahrkostenerstattung angesichts der angespannten Finanzsituation eine Reduzierung des Angebots des IPTS nach sich zöge. Von der in Abstimmung mit Ministerium und Hauptpersonalrat erfolgten Einstufung der angebotenen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen nach unterschiedlichem dienstlichen Interesse hänge die Erhebung von Teilnehmerbeiträgen ab. Fortbildungsmaßnahmen in ausschließlich dienstlichem Interesse seien nur diejenigen Veranstaltungen, an denen eine Teilnahme verpflichtend sei (zum Beispiel für angehende Schulleiter). Der Wunsch des IPTS, attraktive Veranstaltungen in den Schulferien anzubieten, sei stark ausgeprägt, bei der Umsetzung gebe es jedoch zumeist große Schwierigkeiten. Auf eine Frage von Abg. Schröder teilt er mit, neben dem Bedarf an Fortbildung im Bereich Neue Medien nehme der Ruf nach fachspezifischer Fortbildung wieder zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Berufsverfahren für eine C 3-Professur am Institut für Zeit- und Regionalgeschichte**

(nichtöffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m § 17 Abs. 1 Satz 3 GO)

Abg. Weber beantragt, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und in Anwesenheit des Staatssekretärs in der nächsten Sitzung zu beraten. Abg. de Jager bemerkt, er halte es für eine Mißachtung des Bildungsausschusses, daß der Staatssekretär zu diesem ordentlichen Tagesordnungspunkt nicht anwesend ist. Gemeinsam mit Abg. Dr. Klug bittet er darum, die Thematik angesichts der politischen Bedeutung in einer der nächsten Sitzungen in Anwesenheit des Staatssekretärs und der Ministerin zu behandeln; gegebenenfalls werde man vom Zitierrecht gemäß Artikel 21 Abs.1 LV Gebrauch machen.

Herr Hübner weist darauf hin, daß sich das Zitierrecht gemäß § 21 Abs. 1 LV nur auf Mitglieder der Landesregierung, also Minister, beziehe.

Der Ausschuß kommt überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben, in der nach Möglichkeit neben dem Staatssekretär auch die Ministerin anwesend sein soll.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Modernisierung der Kieler Universitätsklinik für Orthopädie**

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erwidert Ministerin Erdsiek-Rave, zu keinem Zeitpunkt sei ein Baustopp verfügt und von der ausgewiesenen Planung abgewichen worden, das Gebäude der Orthopädie nutzungsneutral zu sanieren. Unabhängig davon werde sich die Landesregierung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Orthopädie an den beiden Standorten Kiel und Lübeck, die dem Bildungsausschuß zugeleitet würden, in den nächsten Monaten auseinandersetzen und möglichst bis zur Sommerpause eine Entscheidung treffen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Änderung des Hochschulgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/...

und weitere Terminplanung

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuß darauf, die Sitzung am 10. Juni ausfallen zu lassen und die Termine 17. Juni, 24. Juni und 1 Juli 1999 für ganztägige Bildungsausschußsitzungen, unter anderem für die Anhörung zum Hochschulgesetz, zu reservieren.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

gez. Ole Schmidt

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführer





Punkt 9 der Tagesordnung:

**Berufsverfahren für eine C3-Professur am Institut für Zeit- und Regionalgeschichte**

(nichtöffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m § 17 Abs. 1 Satz 3 GO)

Abg. Weber beantragt, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und in Anwesenheit des Staatssekretärs in der nächsten Sitzung zu beraten. Abg. de Jager bemerkt, er halte es für eine Mißachtung des Bildungsausschusses, daß der Staatssekretär zu diesem ordentlichen Tagesordnungspunkt nicht anwesend ist. Gemeinsam mit Abg. Dr. Klug bittet er darum, die Thematik angesichts der politischen Bedeutung in einer der nächsten Sitzungen in Anwesenheit des Staatssekretärs und der Ministerin zu behandeln; gegebenenfalls werde man vom Zitierrecht gemäß Artikel 21 Abs.1 LV Gebrauch machen.

Herr Hübner weist darauf hin, daß sich das Zitierrecht gemäß § 21 Abs. 1 LV nur auf Mitglieder der Landesregierung , also Minister, beziehe.

Der Ausschuß kommt überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunkts auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben, in der nach Möglichkeit neben dem Staatssekretär auch die Ministerin anwesend sein soll.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um Uhr.

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführer